

THÜRINGEN

BLÄTTER ZUR LANDESKUNDE

Gesellschaftliche Gruppierungen forderten Runder Tische immer dann ein, wenn sie kontroverse Meinungen austauschen wollten, um trotz ungleicher Ausgangsinteressen eine Einigung zu erzielen. Der moderne Runder Tisch begann sich Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa, zuerst in England als Round table-talks zu etablieren. In den Umbruchsjahren 1989/90 entstanden Runder Tische in sechs von sieben ost- und mitteleuropäischen Staaten. Als Einrichtung des Übergangs zu einer



*Erstes Gespräch am
Runden Tisch des Bezirkes
Gera
09. 12. 1989
(Stadtarchiv Gera, Foto
Wolfgang Beringschmidt)*

neuen Gesellschafts- und Staatsform hat es sie bereits in Polen und Ungarn gegeben, bevor sich 1989 auch in der DDR der Zentrale Runder Tisch und hunderte Runder Tische auf lokaler und regionaler Ebene konstituierten. Hinzu kamen so genannte thematische Runder Tische. Am dichtesten war das Netz der Runder Tische in den sächsischen und thüringischen Bezirken.

Nach den großen Demonstrationen im Herbst und dem damit einhergegangenen Machtverlust der SED-Führung erfuhr die Forderung nach einem

Die Runden Tische 1989/90

Runden Tisch öffentliche Zustimmung. Der Zentrale Runder Tisch trat am 7. Dezember 1989 erstmals in Berlin zusammen. Seit dem 20. November 1989, als die Diskussion über die Bildung eines Zentralen Runden Tisches der DDR öffentlich wurde, begannen in verschiedenen Kreisen und Kommunen ebenfalls Vorbereitungen zur Bildung Runder Tische. Bis Januar 1990 ent-

standen Hunderte dieser Institutionen auf allen staatlichen Ebenen. Manches lokale Gremium trat bereits vor der ersten Sitzung des Zentralen Runden Tisches zusammen. Die Runden Tische der 15 Bezirke der DDR bildeten sich zwischen dem 7. und 21. Dezember 1989.

Deren Einrichtung ist nicht in jedem Fall als Reaktion auf den Zentralen Runden Tisch in Berlin, sondern auch

auf die Situation vor Ort zu sehen. Zu diesem Zeitpunkt hoffte mancher regionale SED-Funktionär noch, die Macht auf diese Weise erhalten zu können. Vertreter der neuen Gruppierungen favorisierten dagegen die Runden Tische, weil sie sich selbst nicht für regierungsfähig hielten. Vielerorts gingen die Runden Tische aus den überall stattfindenden Gesprächsrunden zwischen Vertretern der Demonstranten und neuen politischen Gruppen einerseits und Funktionären des Partei- und Staatsapparates andererseits hervor. Initiatoren waren häufig Kirchenvertreter, Mitglieder der neuen Gruppierungen, aber auch Funktionäre der Altparteien oder der Bezirks-, Kreis- und Stadträte. So riefen beispielsweise in den Bezirken Erfurt und Suhl Kirchenvertreter die Runden Tische ins Leben. In Erfurt verhinderte deren Einladung nicht zuletzt, dass die SED-Bezirksleitung die Initiative an sich riss.

Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt, Kroker, hatte am 5. Dezem-

ber „alle konstruktiven politischen Kräfte zum politischen Dialog“ eingeladen. Doch der Vorschlag wurde nicht ohne Skepsis aufgenommen.¹ Ungefähr zeitgleich ging bei Propst Falcke ein Anruf des Bischofs vom Landeskirchenamt in Eisenach ein. Dieser berichtete ihm von einer Initiative des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen. Oberkirchenrat Ziegler, der am Zentralen Runden Tisch moderieren sollte, habe angeregt, auch auf Bezirksebene Runde Tische zu etablieren. In diesem Zusammenhang bat der Bischof den Propst, die Bildung eines Runden Tisches für den Bezirk Erfurt in die Hand zu nehmen. Folgerichtig einigten sich Landesbischof Leich, Propst Falcke und der katholische Bischof Wanke am 6. Dezember darauf, die Einladung des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung abzulehnen. Im Auftrag der Kirchen lud Falcke alle von Kroker bereits kontaktierten Parteien und Gruppierungen sowie die SED zum ersten Rundtischgespräch am 13. Dezember 1989 in das Augustinerkloster ein.

Zusammensetzung

Am 7. Dezember 1989 trafen sich 15 Repräsentanten von sieben Oppositionsgruppen mit ebenso vielen Vertretern der SED und der vier Blockparteien am Zentralen Runden Tisch in Berlin. Während der zweiten Sitzung erhöhte sich die Stimmenzahl beider „Lager“ auf jeweils 19. Diese neue, bis zum Schluss beibehaltene Formation schwächte die Oppositionellen jedoch deutlich. An den Runden Tischen der Bezirke, Kreise und Kommunen gestaltete sich die Zusammen-

setzung der teilnehmenden Parteien und Gruppierungen sehr unterschiedlich, teilweise ist sie eher zufällig zustande gekommen. Gemeinsam ist allen Tischen, dass die jeweiligen Akteure Zusammensetzung und Umfang selbst aushandelten. An den meisten Tischen war man um Ausgewogenheit bemüht – SED-PDS und Blockparteien sollten keine Stimmenmehrheit besitzen. Das gelang jedoch nicht immer, weil es in einigen Regionen nur wenige Oppositionsgruppen gab.

Im Gegensatz zum Zentralen waren an den lokalen und regionalen Tischen die staatlichen Verantwortlichen zu meist von Anfang an anwesend. Vereinzelt verfügten Bürgermeister und Vorsitzende des Rates des Bezirkes – wie z. B. in Erfurt – sogar über ein Stimmrecht. In diesem Fall wurde die dauerhafte Vollmitgliedschaft einem Erfurter Ratsvorsitzenden zugestanden, der als pragmatisch und reformwillig galt. An den Sitzungen der Bezirkstische nahmen darüber hinaus die Regierungsbeauftragten zur Auflösung der Staatssicherheit der Modrow-Regierung und später die Bezirksbevollmächtigten der de Maizière-Regierung teil. Aber – ähnlich wie beim Zentralen Runden Tisch – führten erst der Autoritätsverlust staatlicher Institutionen und der Zerfall der Handlungsfähigkeit

der Räte und „Volksvertretungen“ auf allen Ebenen im Januar 1990 dazu, dass die Modrow-Regierung die Tätigkeit von Runden Tischen in den Regionen tatsächlich anerkannte. Von der de Maizière-Regierung erfuhren sie allerdings nur wenig bzw. keine Akzeptanz mehr. Im Zusammenhang mit den am 2. Mai 1990 beschlossenen strukturellen Veränderungen der Bezirksbehörden veranlasste die de Maizière-Regierung schließlich, Beschlüsse der letztlich noch verbliebenen Runden Tische in den Bezirken nicht mehr als verbindlich anzusehen. Außerdem verließen spätestens zu diesem Zeitpunkt Parteivertreter der Wahlsieger zahlreiche Runde Tische oder blockierten wie z. B. die CDU im Bezirk Suhl die Weiterarbeit des Runden Tisches.

Selbstverständnis, Arbeitsweise und Aufgaben

Der Zentrale Runde Tisch definierte sich selbst als Übergangsinstitution. Mit der Erklärung, seine Tätigkeit bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen, erlegte er sich eine Selbstbegrenzung seiner Existenz auf. Seine Zielsetzung erklärte sich aus dem so genannten Selbstverständnis, aus der Sorge um das in eine Krise geratene Land, „seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung“. Demnach ging es den Beteiligten zum Gründungszeitpunkt noch darum, die DDR-Gesellschaft mittels Aufbau einer parlamentarischen Demokratie zu erneuern.

Nur wenige Gremien in den Kommunen, Kreisen und Bezirken übernahmen die Grundsatzerklärung des Zentralen Runden Tisches. Einige regionale Tische wie der des Bezirkes Suhl formulierten eigenständig ein „Selbstverständnis“; andere beschränkten sich auf eine in der Geschäftsordnung enthaltene Präambel, die sich in erster Linie auf ihre Funktionen vor Ort bezog. Die Teilnehmer des Bezirkstisches von Erfurt im Dezember 1989 verabschiedeten wiederum einstimmig ein später veröffentlichtes „Wort“, das einem „Selbstverständnis“ sehr nahe kam. Demnach verstanden die Teilnehmer

des Runden Tisches des Bezirkes Erfurt ihr Gremium eher als Plattform für Gespräche zwischen den etablierten und den neuen Parteien und Initiativen. Durch sinnvolle Debatten wollte man dazu beitragen, Probleme vor Ort bzw. in der Region zu lösen. Dadurch sollte das Machtvakuum überbrückt, der politische Umbruchprozess friedlich mit gestaltet werden.

Der Zentrale Runde Tisch tagte vom 7. Dezember 1989 bis zum 12. März 1990 insgesamt 16 Mal. In diesem überaus kurzen Zeitraum wurden zahlreiche Beschlüsse verabschiedet, die sämtliche Politikbereiche betrafen. Er verfügte über insgesamt 17 Arbeitsgruppen mit den klassischen Funktionen von Parlamentsausschüssen.² Seine größte Leistung war die vollständige Auflösung des Staatssicherheitsapparates. Der Zentrale Runde Tisch wachte außerdem darüber, dass die Entscheidung, freie Wahlen zuzulassen, erfolgreich umgesetzt wurde.

Die regionalen und lokalen Runden Tische kamen im Laufe ihres Bestehens durchschnittlich neun bis zwanzig Mal zusammen und tagten in der Regel zwischen acht bis zwölf Stunden.⁵ Viele dieser Gremien arbeiteten wie der Zentrale Runde Tisch mittels einer Geschäftsordnung. Während beispielsweise am Bezirkstisch von Erfurt die Geschäftsordnung des Zentralen Runden Tisches übernommen wurde, entwarf man in Gera eine eigene. Die Tische schufen außerdem analog zum Berliner Gremium Arbeitsgruppen oder setzten für bestimmte Themen eigene Tische ein, so beispielsweise die Runden Tische zu Bildungsfragen und zur Ökologie im Bezirk Erfurt. Gera wies in Hinblick auf seine Arbeitsweise eine Besonderheit auf. Hier hatte sich parallel zur Konstituierung des Runden

Tisches des Bezirkes eine so genannte Vorbereitungsgruppe – aus sechs Personen bestehend – zusammengefunden. Die Gruppe tagte regelmäßig im Vorfeld der Runderntischsitzungen und verständigte sich darauf, was am Runden Tisch beschlossen werden sollte.

Die Zeit von drei bis maximal sieben Monaten war ein knapper Zeitraum, in der viele Themen und Probleme diskutiert, jedoch oft nicht kurzfristig oder endgültig gelöst werden konnten. Die wichtigsten Aufgaben der 15 Bezirkstische bestanden in der dringend erforderlichen Begleitung der Arbeit der Bürgerkomitees zur Auflösung der Bezirksstrukturen des Amtes für Nationale Sicherheit (der Nachfolgeeinrichtung des MfS), in der Diskussion bezirkspezifischer Themen und der Vorbereitung der Wahlen. Die Initiativen und Vorarbeiten des Runden Tisches des Bezirkes Suhl für das Gelingen demokratischer Wahlen unterschieden sich dabei weitreichend von denen der anderen 14 Gremien. Hier initiierten die Runderntischteilnehmer im Februar 1990 ein „Wahlforum“, auf dem alle Parteien vertreten waren und öffentlich ihre Standpunkte präsentierten. Darüber hinaus stellte der Suhler Runde Tisch den regionalen Wahlleiter sowohl für die Volkskammer- als auch für die Kommunalwahl. Im Gegensatz zum Verlauf in allen anderen Bezirken nahm man hier dem Rat die Führungsrolle bei den Wahlvorbereitungen aus der Hand. Nicht zuletzt kam den Runden Tischen der Bezirke eine besondere Bedeutung beim Übergang von der zentralstaatlichen Verwaltung der SED-Diktatur zur föderativen Struktur des vereinten Deutschland zu. Die Runden Tische der Kreise und der Kommunen kontrollierten vor allem die staatlichen

Verwaltungen, beschäftigten sich im Zusammenhang mit Untersuchungsausschüssen um die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen, kümmerten

sich aber vor allem um lokale Wirtschafts- und Versorgungsfragen, um konkrete Probleme der Umwelt, des Gesundheits- und des Bildungswesens vor Ort.

Atmosphäre und Moderation

Zum einen demonstrierten die Rundtischteilnehmer auf überzeugende Art und Weise die Geltungskraft parlamentarischer Regeln. Zum anderen waren an allen Tischen und entgegen verbreiteter Mythen auch alle potentiellen Schwächen des Parlamentarismus wie z. B. hoch differenzierte Machtkämpfe, mangelnde Transparenz, ungenügende Zurechenbarkeit von Entscheidungen sowie Lobbyismus anzutreffen.⁴

In Gestalt ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter (IM) und „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE) saß das Ministerium für Staatssicherheit bzw. seine Nachfolgeeinrichtung an vielen Gremien mit am Tisch. Allein am Zentralen Runden Tisch hatten mindestens 15 Teilnehmer vor dem Herbst 1989 für das MfS gearbeitet. Rundtischteilnehmer mit besonderem MfS-Hintergrund hat es auch in Thüringen gegeben, beispielsweise den Erfurter Regierungsbeauftragten zur Auflösung der Staatssicherheit der Modrow-Regierung.

Nachdem anfänglich von den Kirchenvertretern nur Starthilfe für eine angestrebte rotierende Gesprächsleitung erwartet wurde, stand seit der dritten Sitzung fest, dass Monsignore Dücke von der katholischen Kirche, der Methodist und Geschäftsführer der AG Christlicher Kirchen, Pfarrer Lange, und der Vertreter der evangelischen Lan-

deskirchen, Oberkirchenrat Ziegler, den Zentralen Runden Tisch dauerhaft und gemeinsam moderieren werden. Ihre Akzeptanz als Gesprächsleiter resultierte vor allem aus ihren Erfahrungen im demokratischen Dialog und ihrer Schulung in Konsensbildung. Der christlich geprägte Wille nach Ausgleich hat aber mitunter auch wichtige oder intensivere Auseinandersetzungen verhindert. Das traf auch auf die von Kirchenvertretern geleiteten Runden Tische der Kommunen, Kreise und Bezirke zu.

Es gab aber ebenfalls eine Reihe von Tischen, an denen die Kirchenvertreter mit Stimmrecht teilnahmen. Dazu zählten auch die Gremien der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl. In Erfurt stellten die protestantischen Kirchen gleich vier Delegierte. Zusammen mit den beiden Abgesandten des katholischen Bischofs nahmen sechs Kirchenvertreter regelmäßig, mit Stimmrecht und als Moderatoren an den Rundtischgesprächen teil. Probst Falcke meinte, dass er sich selbst als Teil der Opposition verstanden habe, zumal er Mitglied des Demokratischen Aufbruchs gewesen sei. Insofern habe er nicht nur moderieren, sondern sich als stimmberechtigter Teilnehmer auch in der Sache engagieren wollen. Eine fortwährende Rotation der Tischleitung unter allen Teilhabenden – wie in Suhl und Gera – konnte allerdings den Ablauf behindern.

Runde Tische und staatliche Institutionen

Nach den Demonstrationen vor der Volkskammer am 11. Januar 1990, der „Erstürmung“ der MfS-Zentrale in Berlin am 15. Januar 1990 und der erzwungenen Erklärung der Modrow-Regierung zur Auflösung der Staatssicherheit erweiterten sich nicht nur die Funktionen des Zentralen Runden Tisches, sondern er ließ auch seine im „Selbstverständnis“ formulierte Position, keine parlamentarische oder Regierungsfunktion zu übernehmen, weit hinter sich. Am 28. Januar 1990 stimmte er der Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“ zu. Die bisher in der Regierung nicht vertretenen Parteien und politischen Gruppen des Runden Tisches entsandten Vertreter in das Kabinett, die als Minister ohne Geschäftsbereich Sitz und Stimme im Ministerrat erhielten und aktiv in die Arbeit des Ministerrates, insbesondere bei der Vorbereitung wichtiger, grundlegender Entscheidungen, einbezogen werden sollten. Allerdings besaßen sie keinerlei Entscheidungsmacht über den Staatsapparat, legitimierten aber umso mehr die Regierung Modrow.

Auf kommunaler, Kreis- und Bezirksebene verstanden viele Akteure die Runden Tische als Beratungs- und Kontrollgremien gegenüber den „Volksvertretungen“ und ihren Räten. Die Zusammenarbeit der Runden Tische mit den Bezirks- und Kreistagen, den Stadt- und Stadtbezirksverordnetenversammlungen sowie mit den Räten der Städte, Kreise und Bezirke war zum einen geprägt von der unterschiedlichen

Bereitschaft der staatlichen Institutionen, Mitarbeit zuzulassen und zum anderen von den konkreten Ansprüchen der Mitglieder der Runden Tische an die Mitarbeit. Die meisten Tische entließen die Volksvertretungen und Räte bewusst nicht aus ihrer Verantwortung für die Bewältigung des Alltags, eine Reihe von ihnen verweigerte zudem absichtlich und – anders als der Zentrale Runde Tisch – bis zum Schluss die Teilhabe an deren nicht demokratisch legitimer Macht. Das Spektrum der Zusammenarbeit reichte vom Austausch an Informationen zwischen Räten bzw. „Parlamenten“ einerseits und Runden Tischen andererseits bis hin zur Einbeziehung von Runder Tischvertretern in die Tätigkeit der „Volksvertretungen“ oder in die Arbeit der Räte mittels Mitglieder ohne Geschäftsbereich.

In den Bezirken Suhl, Gera und Erfurt wählten die Runden Tische analog zur Entscheidung des Zentralen Runden Tisches Ratsmitglieder ohne Geschäftsbereich in die Räte der Bezirke. Die Teilnehmer des Suhler Gremiums hatten sich außerdem im Januar 1990 für eine besondere Variante der Kontrolle entschieden und ein Bürgerkomitee beim Rat des Bezirkes ins Leben gerufen. Auf Grundlage eines vom Neuen Forum vorgelegten Arbeitspapiers gegründet, sollte es als exekutives Arbeitsinstrument eingesetzt werden, das den Räten des Bezirkes jeweils unabhängige Bürger zuordnet, die deren Arbeit kontinuierlich überwachen. Das Bürgerkomitee traf sich im Zeitraum

von Januar bis Mai 1990 insgesamt acht Mal. Seine Mitglieder nahmen an den Ratssitzungen teil und studierten vorab die zu beschließenden Vorlagen. Trotz Zeitmangels bei den Vorbereitungen ist es mitunter gelungen, Vorlagen des Rates des Bezirkes abzusetzen bzw. zu verändern. Die Hauptleistung der Mitglieder des Bürgerkomitees bestand jedoch darin, die Ratsmitglieder durch ihre bloße Anwesenheit zu verunsichern und damit stetig auf die sich verändernden Verhältnisse hinzuweisen. Allerdings wurden die Räte damit nur vordergründig entmachtet und in den Demokratisierungsprozess eingebunden. Im Hintergrund arbeiteten die alten Kader fast wie gewohnt weiter.

Die zu Beginn von den Rundtischteilnehmern formulierten Kooperationsziele konnten sich im Laufe ihrer Tätigkeit auch durchaus verändern. So hatte sich z. B. der Runde Tisch des Bezirkes Suhl in seinem „Selbstverständnis“ zum Ziel gesetzt, Entscheidungen der Bezirksräte mitzutragen. In der Praxis reduzierte sich diese Intention jedoch weitgehend auf eine Kontrollfunktion. Andere Tische wiederum ließen sich – ähnlich wie der Zentrale Runde Tisch – entgegen den anfänglich gestellten Zielen auf Regierungsfunktionen ein. Das trifft auch auf den Bezirkstisch von Erfurt zu. Eine Reihe der Gremien besaß wiederum vorrangigen Informationscharakter und erzielte le-

diglich eine gewisse Außenwirkung. Hierfür steht exemplarisch der Bezirkstisch von Gera, dem die Vorbereitungsgruppe Entscheidungen gewissermaßen vorwegnahm.

Es war wichtig, den Entscheidungsträgern in den Räten der Bezirke zu signalisieren, dass sie kontrolliert werden. Auch haben nicht alle Räte diese Kontrollen unterlaufen, sondern sahen sich aufgrund ihres Autoritätsverlustes und ihrer eigenen Verunsicherung gezwungen, zumindest weitreichend zu informieren. An manchen Tischen beobachteten Vertreter der neuen Gruppierungen ein ehrliches Bemühen der Staatsfunktionäre, mit ihnen in die Debatte zu kommen. Dr. Heino Falcke erinnerte, dass er das Gefühl gehabt habe, die Bezirksvertreter hätten sich der veränderten Situation angepasst und seien bereit gewesen, mit dem Runden Tisch zusammenzuarbeiten. Das sei selbstverständlich nicht ohne Konflikte abgelaufen, was vor allem die geschönten Berichte der Funktionäre gezeigt hätten. Ein solches Engagement legten jedoch nicht alle Altfunktionäre an den Tag. Einige Räte akzeptierten zwar die Zusammenarbeit mit den Runden Tischen und nahmen ihre Informationspflicht wahr, empfanden aber zumindest anfänglich – z. B. in Suhl – ihre Handlungs- und Entscheidungsfreiheit durch die Arbeit mit den Runden Tischen als eingeschränkt.

Nachhaltigkeit und Bewertung

Die meisten Runden Tische lösten sich spätestens im Frühsommer 1990 auf. Einige thematische Tische wie z. B. der „Entwicklungspolitische Tisch der DDR“ setzten ihre Ar-

beit im vereinigten Deutschland fort. Andererseits gründeten ehemalige Teilnehmer im Anschluss an die Auflösung der Tische z. B. Bürgervereine, in denen Themen der Rundtischgespräche

weiterverfolgt wurden. Als Instrumente der Systemtransformation und der Beherrschung von gesamtgesellschaftlichen Krisensituationen sind die Runden Tische von 1989/90 jedoch einmalig. Auch in Thüringen haben die Runden Tische den Prozess der Befreiung und Demokratisierung mit gestaltet. Sie halfen, Chaos und Gewalt abzuwenden, aber verhinderten gleichzeitig, dass es einen Bruch mit den alten Machthabern gab. Ziele, Arbeitsweisen, aber vor allem unmittelbare Einfluss- und Wirkungsmöglichkeiten lassen die zahlreichen Runden Tische äußerst unter-

schiedlich erscheinen. Es gab offensichtlich viele Wege zur Demokratie und eine „wie auch immer begrenzte Handlungsautonomie der Akteure, die unter jeweils anderen Bedingungen jeweils eigenwillig wahrgenommen wurde“⁵. Auch der Anteil der einzelnen Runden Tische am Demokratisierungsprozess war verschieden. Aber ihre Arbeitsergebnisse und vor allem ihre Verfahrensweisen zeichneten fast alle Runden Tische als wirkungsvolle Instrumente der „Demokratisierung von unten“ bzw. der „Selbstdemokratisierung“ aus.

Francesca Weil

Literaturhinweis: Thüringer Landtag (Hg.), Die „Runden Tische“ der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl – als vorparlamentarische Gremien im Prozess der Friedlichen Revolution 1989/90. Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, Band 28, Erfurt 2009.

¹ Vgl. Stephan Schnitzler, Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozess von 1989/90 in der Stadt Erfurt, Göttingen 1996, S. 205 ff.

² Vgl. Uwe Thaysen, Der Runde Tisch oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie. Opladen 1990, S. 102.

³ Vgl. Friedrich Winter (Hg.), Die Moderatoren der Runden Tische. Evangelische Kirche und Politik 1989, Leipzig 1999, S. 18.

⁴ Vgl. Uwe Thaysen/ Michael Kloth, Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII/2, Baden-Baden 1995, S. 1706–1852, hier S. 1798 f.

⁵ Uwe Thaysen, Wege des politischen Umbruchs in der DDR. Der Berliner und der Dresdner Pfad der Demokratiefindung, in: Karl Eckart/Manfred Wilke (Hg.), Berlin, Berlin 1998, S. 69–90, hier S. 89.

Herausgeber:

Landeszentrale für politische Bildung THÜRINGEN

Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

www.lzt.thueringen.de

Autorin: Dr. Francesca Weil, Dresden

Druck: Druckerei Sömmerda GmbH

2009 (82)